

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 8. 39. Jg.

19. Febr. 1926

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zusendung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparaillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Schkeuditz]

Aufruf für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar und März 1926 durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB, und den Ortskartellen des AfA-Bundes ist zu diesem Zweck

ein Termin zu bestimmen,

an welchem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, welche im Laufe des Jahres 1925 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. die Paragraphen 42 und 43 BRG. Betriebsvertretungen, welche erst im Jahre 1926 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1925 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß der Paragraphen 61 und 62 BRG. (im Baugewerbe, bei Behörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiterbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419 und 420) und die Richtlinien des AfA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Fall in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

Die Entwürfe für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Flatow Seite 273 ff. Diese Materialien hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.).

Nach den Berichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten sämtlicher deutscher Länder ist in vielen Betrieben eine Wahlmüdigkeit der Belegschaften festgestellt worden. Diese Beobachtungen decken sich mit denjenigen der Gewerkschaften. Es ist unverantwortlich, daß ein Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten von ihrem wichtigen Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch machen und sich infolgedessen auch ihrer großen Rechte hieraus freiwillig begeben. Unter allen Umständen muß erreicht werden, daß in allen Betrieben, für die gesetzliche Betriebsvertretungen zuständig sind, derartige Betriebsvertretungen auch gewählt werden.

Die Gewerkschaften haben angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingesetzt, die Schäden, welche sich hieraus für Arbeiter und Angestellte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen. Bei der Durchführung des Achtstundentages, der Einführung von Werksbeurlaubungen und von Kurzarbeit sowie bei geplanten Betriebsstillegungen haben die Betriebsräte wichtige gesetzliche Rechte auszuüben. Die Gewerkschaften können nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Arbeitnehmerrechte wahren. Es ist daher unbedingte Pflicht, nur solche Betriebsräte zu wählen, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind. Belegschaften, die anders handeln, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie in der gegenwärtigen Krisis vollkommen schutzlos sind.

Nummehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB.).

Allgemeiner freier Angestelltenbund (AfA-Bund).

Steht die deutsche Wirtschaft vor einer Konjunkturbelebung?

Millionen von Arbeitern und Angestellten, die von der ungeheuren Wirtschaftskrise betroffen, ihre Beschäftigung verloren haben oder aber als Kurzarbeiter fast der gleichen Not wie die Erwerbslosen preisgegeben sind, warten gespannt auf den „Silberstreifen“ am Horizont, der ihnen die Rückkehr zur alten Beschäftigung bedeutet.

Ein wichtiges Zeichen gibt es allerdings, das auf eine bevorstehende Belebung der Konjunktur hinweist; das ist die Tatsache der Krediterweiterung. Neue Kredite sollen der deutschen Wirtschaft in zweierlei Form zufließen: einmal aus den ausländischen Anleihen, die in der letzten Zeit wieder ausgiebig gewährt werden, zum anderen aber durch die von der Reichsbank angekündigte Milderung, wenn nicht Aufgabe der bisher verfolgten Politik der Kreditbeschränkung. Die Erweiterung der Kredite bedeutet aber Verbesserung der Konjunktur. Aus den Krediten kann der Produktionsapparat ergänzt oder vervollkommen werden, können Rohstoffe gekauft, Arbeiter eingestellt, Löhne und Gehälter gezahlt werden. Auslandsanleihen bedeuten in dieser Beziehung Übertragung der Kaufkraft von dem borgenden Ausland auf das kreditnehmende Inland. Die neuen inländischen Kredite für die Wirtschaft, — ob sie nun auf früheren Ersparnissen beruhen oder aber ursprünglich zur Erweiterung der Produktion ge-

schaffen werden — bedeuten ebenfalls neu hinzutretende Kaufkraft.

Wieso kommt es, daß, trotzdem die Auslandskredite schon seit längerer Zeit wieder einströmen, und die Erweiterung der inländischen Kreditbasis schon vor längerer Zeit angekündigt wurde, die Belebung der Konjunktur noch nicht einsetzt? — Dies kommt daher, daß die Wirtschaftskrise, vor allem die gegenwärtige in Deutschland, auch eine Vertrauenskrise ist. Das zur Kreditgewährung nötige Vertrauen in die Tragfähigkeit der Wirtschaft ist erschüttert, weshalb selbst die vorhandenen Kapitalien von den Banken nicht voll ausgeliehen werden. Die ausländischen Anleihen liegen, bevor sie ihrer endgültigen Bestimmung zugeführt werden, bei den deutschen Banken, die sie aber nicht der Wirtschaft zuführen, sondern als Einlagen zu ganz niedriger Verzinsung, ja sogar ohne Verzinsung liegen lassen. Sofern der Wirtschaft Kredite gewährt werden, so geschieht das trotz der jüngst erfolgten Herabsetzung der Reichsbankzinsrate immer noch zu hohen Zinsen, was einer Erweiterung der Kreditbasis hindernd im Wege steht. Zu dem relativ niedrigen Reichsbankzinsfuß erhalten nur bevorzugte Kreise Kredite, während die übrige Wirtschaft auch heute noch, — wenn auch ihre Zinslast gegenüber 1924 wesentlich geringer wurde — Zinsen zahlen muß, welche unter Anrechnung der verschiedenen Provisionen etwa das Zweifache der Reichsbankzinsen ausmachen. Diese Zinspolitik und die

Vertrauenskrise verhindern die als Folge der Krediterweiterung zu erwartende Belebung der Konjunktur.

Wenn wir trotzdem annehmen, daß die konjunkturdrosselnde Vertrauenskrise einer zuverlässigeren Beurteilung der Lage weichen wird und daß brachliegende Kapitalien schließlich ihren Weg in die Wirtschaft finden werden, so stehen wir wieder vor neuen Problemen, deren Gewicht nicht unterschätzt werden darf.

Die Konjunkturbelebung pflegt immer mit Preiserhöhungen einherzugehen. Was aber der deutschen Wirtschaft nottut, ist ein Preisabbau. Das deutsche Preisniveau ist immer noch zu hoch. Der amtliche Großhandelsindex gibt über die wirkliche Höhe der Preise keinen richtigen Aufschluß, da die Kleinhandelspreise, — und schließlich kommt es in den meisten Fällen auf die Kleinhandelspreise an, — außerordentlich hoch sind. Auch der Reparationsagent hat in seinem jüngst veröffentlichten Bericht auf diesen Umstand nachdrücklich hingewiesen. Er hat ein charakteristisches Beispiel für diese Lage angeführt: Der durchschnittliche Preis von drei Sorten Rindvieh betrug im Sommer 1925 95 Proz. des Vorkriegspreises, der durchschnittliche Fleischpreis dieser drei Sorten betrug im Großhandel 119 Proz., im Kleinhandel dagegen 136 bis 250 Proz. der Vorkriegspreise. Die letzte Nummer des „Economist“ widmet der Erklärung der derzeitigen Höhe der deutschen Preise eine besondere Untersuchung, was deshalb auffallend

ist, weil es zeigt, daß selbst das Ausland, welches sich über die niedrigen deutschen Löhne, die die internationale Konkurrenz erschweren, beklagt, trotzdem die außerordentliche Höhe des deutschen Preisniveaus anerkennt. Der Preisabbau ist unerlässlich notwendig, wenn die Ausfuhr gesteigert werden soll. Nicht weniger notwendig ist aber die Preissenkung für die im Inland verbrauchten Waren, schon deshalb, weil die Steigerung der Ausfuhr eine Verbreiterung der Produktionsbasis voraussetzt, die wieder nur möglich ist, wenn im Inland ein kaufkräftiges Publikum die Waren aufzunehmen vermag. Bei den gegenwärtigen hohen Preisen kann dies aber nicht geschehen. So stehen wir hier vor einem Problem: auf der einen Seite Belebung der Konjunktur mit steigenden Preisen, auf der anderen die Notwendigkeit des Preisabbaues. Sehr verschärft wird dieses Problem noch durch ein zweites, nämlich die Notwendigkeit der Umstellung und der Rationalisierung der Produktion. Niemand kann sich der Tatsache verschließen, daß diese Rationalisierung durch Verbesserung der Organisation, vor allem durch Ausschaltung der nicht lebensfähigen Betriebe unvermeidlich ist. Dieser Ausleseprozeß kann aber nur durch einen Druck auf die Produktion erreicht werden, der die lebensfähigen Betriebe zur Rationalisierung zwingt, den nicht lebensfähigen aber das Lebenslicht ausbläst. Wenn nun umfangreiche Kredite gewährt werden, so wird, wie manche wohlmeinende Kritiker befürchten, dieser Rationalisierungsprozeß aufgehalten. So ist zum Beispiel eines der größten Übel die allzu große Lagerhaltung bei den Industrienternehmern und Ladenbesitzern. Vermehrte und verbilligte Kredite können jedoch zur Beibehaltung der überflüssigen großen Lager beitragen, indem sie das Durchhalten der Waren bis zu deren Preiserhöhung ermöglichen. Auch sonst können aber die nicht lebensfähigen Betriebe mit Hilfe der neuen Kredite zum Schaden des Reinigungsprozesses künstlich über Wasser gehalten werden. Die Kreditausdehnung führt vermehrte Nachfrage herbei und verhilft somit den Unternehmern zu Gewinnen, die sonst nur durch eine gründliche Rationalisierung der Betriebe zu erreichen wären. Deshalb meinen die erwähnten Wirtschaftspolitiker, es sei besser, den weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Kauf zu nehmen, und diese bis zum bitteren Ende auszukosten, als daß nach Abflauen des Kreditstromes die Krise mit umso größerer Wucht aufzutreten würde.

Das Gewicht dieser Bedenken kann nicht überschätzt werden. Sie können uns aber nicht dazu verführen, die Konjunkturbelebung durch Kredite von der Hand zu weisen. Es ist durchaus nicht notwendig, daß die Rationalisierung der Produktion mit wachsendem Elend der Bevölkerung und mit dem weiteren ungeheuren Anschwollen der Arbeitslosigkeit einhergeht. Nötig ist aber, daß der Druck zur Rationalisierung trotzdem nicht aufhört. Hohe Löhne sind auf jeden Fall der wirksamste Antrieb zu technischen Verbesserungen. Es gehört aber auch eine energische Preiskontrolle, vor allem eine verschärfte Kontrolle über die Kartelle dazu, um die zu erwartenden Preissteigerungen in ihrem Ausmaß zurückzuschrauben. Die Kartelle müssen gezwungen werden, der durch Kredite vermehrte Nachfrage nach Produktions- und Konsumgütern ein vermehrtes Warenangebot zu billigen Preisen entgegenzustellen, damit die inflatorischen Wirkungen der Kreditausdehnung vermieden werden. Freilich wäre auch die richtige Verteilung der Kredite von großer Wichtigkeit. Selbst bei vermehrtem Kreditumfang wäre eine Auslese unter den Kreditnehmern durchaus möglich, falls hierüber die allgemeinen Interessen der Volkswirtschaft den Entscheid geben würden. Von dem Zustand einer durchgreifenden Kreditkontrolle sind wir allerdings weit entfernt. Für jeden Fall soll aber betont werden, daß bei richtiger Wirtschaftspolitik Konjunkturbelebung und Rationalisierung der Produktion einander nicht ausschließen müssen.

Der gekündigte Handelsvertrag mit Spanien.

Ein Grund der Wirtschaftskrise.

Bekanntlich hatte sich die deutsche Ausfuhr nach Spanien in außerordentlicher Weise gehoben, nachdem ein Handelsvertrag zustande gekommen war. Auf Drängen der rheinischen Winzer wurde der Vertrag leider gekündigt und lief am 16. Oktober 1925 ab. Die Folgen für den deutschen Export kann man als katastrophal bezeichnen. Die Novembereinfuhr nach Spanien sank weit unter den Monatsdurchschnitt des letzten Vierteljahres, hörte zum Teil sogar gänzlich auf. Ein Blick auf die folgende Tabelle wird dies bestätigen. Die Folge der Unterbindung unserer Ausfuhr war selbstverständlich die Stilllegung zahlreicher Betriebe. In geradezu schreckender Weise bekommt jetzt die Arbeiterschaft den Fehler zu spüren, den die Regierung trotz heftigster Opposition der Gewerkschaften begangen hat.

| Es betrug die Ausfuhr: | | im Monats- | im |
|---|-------|-----------------|----------|
| an | in | durchschnitt | November |
| | | des 3. Viertel- | 1925 |
| | | jahres 1925 | |
| Armaturen | dz | 821 | 131 |
| Bohrer, Ahlen usw. | dz | 117 | 50 |
| Zangen | dz | 137 | 25 |
| Meßwerkzeuge | dz | 13 | 4 |
| Äxte | dz | 228 | 54 |
| Hauswirtschaftl. Geräte | dz | 113 | 31 |
| Ofenrohre usw. | dz | 152 | 10 |
| Schlösser und Schlüssel | dz | 531 | 60 |
| Solinger Waren | dz | 131 | 63 |
| Metallbearbeitungsmasch. | dz | 2088 | 679 |
| Schreibmaschinen | Stck. | 477 | 23 |
| Kartoffelstärke | dz | 427 | — |
| Steinkohlen | dz | 220 845 | 29 375 |
| Anilinfarben | dz | 627 | 19 |
| Alizarinfarbstoffe | dz | 27 | — |
| Indigo | dz | 44 | — |
| Ultramarin | dz | 201 | — |
| Bronzefarben | dz | 54 | 3 |
| Lacke | dz | 162 | 19 |
| Fischernetze | dz | 20 | 5 |
| Oberleder für Schuhe | dz | 45 | — |
| Ziegenleder | Stck. | 2 189 | — |
| Lackiertes Rindleder | Stck. | 7 213 | — |
| Feine Lederwaren | dz | 7 | — |
| Waren aus weichem Kautschuk | dz | 247 | 26 |
| Gespinnstwaren mit Kautschukfäden | dz | 10 | 1 |
| Div. Hartkautschukwaren | dz | 45 | 7 |
| Besen, Pinsel, Bürsten | dz | 25 | 2 |
| Druckplatten aus Holz | dz | 42 | 4 |
| Kämme und Knöpfe aus Zelluloid, Galalith etc. | dz | 92 | 14 |
| Papiertapeten | dz | 73 | 6 |
| Photographisches Papier | dz | 92 | 3 |
| Schreibhefte u. dgl. | dz | 125 | 38 |
| Feuerfeste Steine | dz | 2 723 | 320 |
| Porzellanisolatoren | dz | 376 | 65 |
| PorzellanGeschirr | dz | 992 | 318 |
| Luxusporzellan | dz | 56 | 22 |
| Weiß Glasflaschen | dz | 607 | 37 |
| Trockenplatten für photographische Zwecke | dz | 197 | 5 |
| Photographische Linsen u. Apparate | dz | 19 | 4 |
| Isolierflaschen aus Glas | dz | 59 | 15 |
| Glasinstrumente | dz | 113 | 3 |
| Schienen | dz | 1 694 | — |
| Eisenbahnräder u. dgl. | dz | 11 365 | 212 |

Wie steht es mit der Kurzarbeiterunterstützung.

Seit Monaten schon müssen die Kurzarbeiter und ihre Angehörigen mit dem kargen Verdienst einer zwei- und dreitägigen Arbeitswoche sich durchhangeln. Die Aussicht einer baldigen Änderung dieses unsozialen Zustandes ist noch keineswegs vorhanden. Es ist höchste Zeit, daß in der Kurzarbeiterfrage endlich einmal etwas getan wird; das Elend der Kurzarbeiter ist nämlich viel größer, als es sich die Öffentlichkeit meist vorstellt. Das Heer der Kurzarbeiter beträgt Millionen.

Als der Reichstag in der zweiten Novemberhälfte v. J. zusammentrat, unterbreitete ihm die Fraktion der Sozialdemokratie mehrere Anträge zur Erwerbslosenfrage, unter anderen auch den: Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung. Dieser Antrag wurde mit den anderen „densozialpolitischen Ausschüssen des Reichstages zur beschleunigten Beratung überwiesen. Das Ergebnis der wochenlangen Verhandlungen fand in den Reichstagsbeschlüssen vom 12. Dezember v. J. seinen vorläufigen Niederschlag. Der 12. Dezember brachte den Erwerbslosen die Erhöhung der Unterstützung um 20 Pro. Die Kurzarbeiter gingen leer aus. Nahezu acht Wochen sind seitdem vergangen und immer noch wird die Frage der Kurzarbeiterunterstützung in einem der sozialpolitischen Ausschüsse beraten. Ist eine solche Behandlung der Kurzarbeiterunterstützung nicht skandalös zu nennen?

Die bürgerlichen Parteien des Reichstags können die Not der von der Krise Betroffenen nicht bestreiten. Doch zu irgendwelchen ernstlichen Hilfsmaßnahmen konnten sie sich bis jetzt nicht entschließen. Von „wohlwollenden Worten“ werden aber die Hungerigen nicht satt. Im Gegenteil, zur Haltung der bürgerlichen Parteien hat die sozialdemokratische Fraktion für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter unablässig gekämpft und gewirkt. Was man erreichte, war nicht viel. Das zeigen die Reichstagsbeschlüsse vom 12. Dezember.

Wenn in der Erwerbslosenfrage und in der Kurzarbeiterfrage im besonderen bis heute noch nichts positives und wesentliches erreicht worden ist, so liegt die Schuld einestheils an der letzten geschäftsführenden Luther-Regierung, die einem Ausbau der sozialen Fürsorge feindlich gegenüber stand und zum anderen Teil an dem Verschleppungsmanöver der mehrheitsbürgerlichen Parteien des Reichstags. Hierfür der Beweis! Nach Zurückziehung des wirtschaftlich unsinnigen Antrages des Abgeordneten Andre von der Zentrums-

fraktion, der denjenigen Kurzarbeitern, die in einer Woche weniger verdienen, wie sie bei völliger Arbeitslosigkeit als Unterstützung erhalten würden, den „mensenfreundlichen“ Rat gab, eventuell freiwillig ihre Arbeitsstelle aufzugeben, um dann Erwerbslosenunterstützung zu beziehen, wurde ein Antrag vom Zentrum, Deutscher Volkspartei und Bayerischer Volkspartei eingereicht, der denjenigen Kurzarbeitern, deren Verdienst unter dem Unterstützungsbeitrag bleibt, den sie als Vollerwerblose erhalten würden, eine Kurzarbeiter-Unterstützung in der Höhe gewähren will, daß Arbeitsverdienst und Kurzarbeiter-Unterstützung zusammen die Höhe der ihnen bei völliger Erwerbslosigkeit zukommenden Unterstützung erreichen. Obwohl dieser Antrag an sich unzureichend ist, wurde von denselben Parteien und den anderen bürgerlichen Parteien, noch an demselben Tag, als obiger Antrag eingebracht worden war, ein zweiter Antrag eingereicht, der verlangte, daß die Abstimmung über alle Anträge zur Kurzarbeiter-Unterstützung bis zum Jahre 1926 zurückzustellen ist. So wurde dann auch von den bürgerlichen Ausschußvertretern beschlossen.

Nach wie vor müssen wir eine baldige Regelung der Kurzarbeiterfrage fordern. Als der Haushalt des Reichsarbeitsministers am 20. Januar im Reichstag debattiert wurde, forderte darum auch der sozialdemokratische Abgeordnete Simon-Franken mit großem Nachdruck die Unterstützung der Kurzarbeiter. Der Reichsarbeitsminister, der später zu einer kurzen Erklärung das Wort nahm, ging leider an den von Simon aufgerollten wichtigen Problemen vorbei. Es ist aber zu hoffen, daß die neue Reichsregierung sich mit mehr Aufmerksamkeit der Kurzarbeiter-Unterstützung widmet, als es die vergangene tat. Bei Abgabe des Regierungsprogrammes der neuen Luther-Minderheitsregierung kündigte auch der Chef eine Vorlage zur Regelung der Kurzarbeiter-Unterstützung an. Na, wir werden ja sehen! Wie gut unterrichtete Kreise aus dem Arbeitsministerium erfahren haben wollen, soll denn auch die Regelung der Kurzarbeiter-Unterstützung eine der ersten Arbeiten des neuen Kabinetts sein. Eine Berechnungsgrundlage ist nach den geltenden Bestimmungen bereits vorgesehen. Sie bestimmt, daß bei weniger als zwei Drittel des vollen Arbeitsverdienstes 40 Pro. des Unterschieds zwischen zwei Dritteln des Vollarbeitslohnes und des Kurzarbeitslohnes plus 10 Pro. für unterhaltsbedürftige Angehörige zu zahlen wären. So kämen z. B. bei einem Kurzarbeiter mit Frau und zwei Kindern 70 Pro. des Unterschieds in Betracht. Der Vorschlag der Sozialdemokraten geht aber dahin, nicht die Differenz zwischen zwei Dritteln des Vollen und des Kurzarbeiterlohnes, sondern die Differenz zwischen Vollen und Kurzarbeiterlohn zu nehmen. Aber bei der Haltung des Reichstages und der bürgerlichen Parteien ist es allzu wahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten mit dieser Forderung nicht durchkommen. Auch noch andere Vorschläge zur Berechnung der Kurzarbeiter-Unterstützung sind vorhanden. Wegen der Menge der Schwierigkeiten in der Regelung wird sich bei der Berechnung der Kurzarbeiter-Unterstützung eine ideale Lösung überhaupt nicht finden lassen. Um es noch einmal zu betonen, rascheste Hilfe für die Kurzarbeiter tut not, die Kurzarbeit wächst immer mehr. Die Stellungnahme der Regierung muß daher so rasch wie möglich erfolgen. Die Kurzarbeiter sind des Wartens endlich müde! Regierung tue deine Pflicht! Regierung handle!

Anmerkung der Schriftleitung. Dieser Artikel war schon geschrieben, ehe bekannt wurde, daß das Reichsarbeitsministerium den Entwurf einer Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge ausgearbeitet habe. Wir bringen ihn aber trotzdem, weil er auch zugleich ein Protest gegen die Stellungnahme der Regierung ist, die Kurzarbeiterfürsorge nicht als eine ständige Einrichtung der Erwerbslosenfürsorge oder der künftigen Erwerbslosenversicherung zu betrachten.

Ein interessantes Inserat.

Ein besonders für unsere Kollegen recht interessantes Inserat findet man zur Zeit in illustrierten Zeitungen. Das sehr geschickt und wirkungsvoll in verschiedener Aufmachung hergestellte Inserat stammt von der bekannten Zigarettenfabrik Haus Neuerburg. Die Firma gibt darin bekannt, daß sie für eine ihrer Marken mit Rücksicht auf die neue Steuer eine vereinfachte Packung geschaffen habe, die es ihr ermöglichen, die Zigarette Overstolz trotz der erhöhten Steuer in der alten Qualität zum bisherigen Preise liefern zu können. Unten am Inserat ist in augenfälliger Art ein Vergleich in graphischer Darstellung angebracht, der besagt, daß sich bei einer 5 Pf.-Zigarette die Kosten für Tabak und Packung verteilen wie folgt:

| | Tabak | Packung |
|----------------------|---------|---------|
| Blechpackung | 55 Pro. | 45 Pro. |
| Kartonschachtel | 65 Pro. | 35 Pro. |
| Vereinfachte Packung | 85 Pro. | 15 Pro. |

An sich wäre gegen die Sache nichts einzuwenden, wenn für diesen Fall nicht wieder, wie schon oft, unzweideutig hervorginge, aus welchen Ursachen heraus die Firma an die Verein-

fachung der Packung geschritten ist. Es ist lediglich die das Tabakgewerbe und die mit ihm zusammenhängende anderen Erwerbszweige so ungehörlich hoch belastende Steuer, die zu dem Schritt veranlaßt hat. Jeder einzelne weiß, und nicht zuletzt die Zigarettenfabrikanten, daß die schöne splendide Aufmachung einer Ware ein ganz wesentlicher Anreiz zum Kauf ist, und daß man ohne Not von diesem vorzüglichen Werbemittel nicht abgeht. Und wenn schon der von der Firma durch ihr Inserat angestrebte Erfolg, daß sie trotz der mildernden Packung keinen Rückgang des Verkaufes zu verzeichnen hätte, woran durchaus zu zweifeln ist, so sind doch als Folge der unverhältnismäßig hohen Steuer Leidtragende genug da, und die befinden sich auch in den Reihen unserer Kollegen, die durch die geringere Ausstattung der Tabakfabrikate weiter geminderte Arbeitsmöglichkeit haben.

Welche Anforderungen müssen die Lithographen an den neuen Tarif stellen?

II.

Im engsten Zusammenhange mit der im vorigen Artikel behandelten Zahl der tariflich zulässigen Lehrlinge, ist deren Ausbildung für das Gewerbe von größter Bedeutung. Es ist in der „Graphischen Presse“ bereits mehrfach auf bestehende Mängel in der Lehrlingsausbildung hingewiesen worden und wenn auch nur 50 Proz. von dem in die Tat umgesetzt, bzw. beachtet worden wäre, was unsere Vertreter zur Förderung der Ausbildung bei früheren Tarifverhandlungen angeregt haben, so stände es damit bedeutend besser. Wenn auch in einigen Orten schüchterne Versuche gemacht werden, um zu einer Besserung zu gelangen, so ändert sich aber wenig an der Tatsache, daß im allgemeinen so gut wie nichts geschieht.

Wir haben bekanntlich die tariflichen Lehrlings-Überwachungskommissionen oder sollten sie nach den Tarifbestimmungen haben, die berufen sind, die berufliche Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses zu fördern, und die ihre Tätigkeit entsprechend den dafür geschaffenen Richtlinien ausüben sollen. Aber von einer Tätigkeit der Lehrlings-Überwachungskommissionen ist im allgemeinen herzlich wenig zu spüren. Erst in allerletzter Zeit ist mir wieder von einem größeren Druckorte bekannt geworden, daß wohl bereits seit Jahren beide örtlichen Vertragsparteien die Mitglieder der Kommission bestimmt, mit anderen Worten: letztere gebildet haben, aber zusammengetreten ist die Kommission bis heute noch nicht. Auf diese Weise werden selbstverständlich die gestellten Aufgaben nicht gelöst. Wo bleibt da die Eignungsprüfung der einzustellenden Lehrlinge, die Kontrolle der Ausbildung und die Prüfung nach beendeter Lehrzeit, alles Aufgaben, die paritätisch ausgeführt werden sollen?

Das ist, um einmal einen drastischen Ausdruck zu gebrauchen, eine Schlamperlei, die nicht länger geduldet werden darf. Die Vertragsparteien sollten Vorkehrungen treffen, daß die Kommissionen entsprechend den ihnen gestellten Aufgaben auch tatsächlich arbeiten. Es dürfte sich auch empfehlen, die Kommissionen zu verpflichten, halbjährliche Berichte über ihre Tätigkeit dem Tarifamt einzureichen. Letzteres sollte die Tätigkeit mehr wie bisher kontrollieren und den Verbänden die Kommissionen namhaft machen, die ihren Aufgaben nicht nachkommen, damit von diesen etwas nachgeholfen werden kann. Besonders bedauerlich ist, daß die Kommissionen in mehreren Kreisen überhaupt noch nicht einmal gebildet worden sind. Da will man behaupten, daß für das Lehrlingswesen, bzw. für eine gute Lehrlingsausbildung alles mögliche getan werde, was getan werden könne? Wäre wirkliches Interesse vorhanden und meinte man es mit der Zukunft des Gewerbes wirklich ernst, dann dürften auf dem Gebiete des Lehrlingswesens nicht so viele Mängel bestehen. Also fort mit der Schlamperlei! Gerade wir als Lithographen haben ein ganz besonderes Interesse daran, daß unser beruflicher Nachwuchs eine gründliche Ausbildung erhält und letztere der tariflichen Kontrolle auch tatsächlich untersteilt wird.

Eine weitere wichtige Spezialangelegenheit unseres Berufes ist die Privatlithographie, die noch immer an Ausdehnung gewinnt. Dieses notwendige Übel sollte im Interesse des Gewerbes nur in dem wirklich nötigen Umfang zugelassen werden. Man sollte sich nicht länger mehr hinter der Reichsgewerbeordnung verschansen, die angeblich infolge der garantierten Gewerbfreiheit eine Beschränkung der Privatlithographie nicht zulasse. Wer hindert denn die Vertragsverbände daran zu bestimmen, an welche Privatlithographen Arbeiten zu vergeben sind? Wir können doch nicht verpflichtet sein, Hinz und Kunz in unsere Tarifgemeinschaft aufzunehmen. Die Firmen, die der Tarifgemeinschaft nicht angehören und auch nicht angehören wollen, können ja die Privatlithographen, die

wir nicht in unsere Liste aufnehmen, mit Aufträgen versehen, oder sind wir verpflichtet, jedem Privatlithographen, der sich sozusagen „selbständig“ machen will, nun auch Arbeit zu garantieren, bzw. zum Wettbewerb innerhalb der Tarifgemeinschaft zuzulassen? Wenn wir ein gesetzliches Mittel hätten, sämtliche Druckereibetriebe zum Beitritt in unsere Tarifgemeinschaft zu zwingen, würde die Sache ein ganz anderes Gesicht bekommen. Und wer gibt uns die Gewähr, daß die Privatlithographen nur für tariffreie Firmen arbeiten und nicht auch tarifuntreue mit Lithographien versehen, die einer tariflichen Regelung feindlich gegenüber stehen?

Wenn die Vertragsparteien in der Lage sind, die Zahl der Lehrlinge nach den Bedürfnissen des Gewerbes zu bemessen, so muß diesen auch gestattet sein, innerhalb der Tarifgemeinschaft eine Beschränkung der Privatlithographenzahl vorzunehmen. Die Lithographen, die sich dann außerdem noch selbständig machen wollen, können und wollen wir auch selbstverständlich nicht daran hindern; diese müssen sich nur bewußt werden, daß ihnen dann nur ein beschränktes Tätigkeitsgebiet — die tarifuntreuen Firmen — zur Verfügung steht. Die juristische Seite dieser Frage sollte endlich einmal geprüft werden, damit Klarheit geschaffen wird und die notwendigen Maßnahmen getroffen werden können.

Die Zahl der Lehrlinge und deren Ausbildung sowie die Frage der Privatlithographie sind die wichtigsten Spezialangelegenheiten unseres Berufes, die bei den kommenden Tarifverhandlungen besonderer Beachtung und Berücksichtigung bedürfen.

Ortsberichte.

Barmen-Elberfeld. Am 30. Januar 1926 tagte die sehr gut besuchte Jahres-Generalversammlung im Verbandslokal der Witwe E. Isenberg, Barmen.

Unter einigen geschäftlichen Mitteilungen führte der Mitgliedschaftsvorsitzende unter anderem aus, daß durch die Kündigung des Hilfsarbeitertarifes die Kollegen ein doppeltes Augenmerk auf die graphische Hilfsarbeiterschaft richten müssen, um sie in den Betrieben in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit zu unterstützen. Denn ihr Kampf sei unser Kampf. Hofft man doch unternehmerseits mit den Abbaubestrebungen bei der Hilfsarbeiterschaft eher Fuß fassen zu können. Die Kollegen waren einstimmig der Meinung, die Hilfsarbeiter unter allen Umständen zu unterstützen, um so dem Beginnen der Unternehmerschaft die Spitze zu brechen.

Des weiteren betonte der Mitgliedschaftsvorsitzende betreffs Einstellung von Lehrlingen auf der Hut zu sein und das überplanmäßige Heranbilden von Lehrlingen mit allen Mitteln zu unterbinden.

Wenn unsere Kollegen, auf Grund der gut durchgeführten Organisationsmaßnahmen bisher die Gelüste der Unternehmer abwenden konnten, und sich aus diesem Grunde die bisherigen Arbeitsbedingungen gegenüber anderen Berufen erhalten haben, so ist es nicht minder auf die gut arbeitende Überwachungskommission unsererseits zurückzuführen, welche versucht, alles, was tarifwidrig ist im Lehrlingswesen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterbinden.

Das in Aussicht genommene Jugendtreffen unserer Lehrlingsabteilung vom Gau Rheinland-Westfalen zu Pflingsten im Bergischen Land fand lobende Unterstützung der Kollegen. Man ist der Ansicht, der Jugend einen Ansporn zu geben, ihr Wirken in ihren Zahlstellen zu fördern und brauchbare Gewerkschafter aus ihnen zu machen. Für das Gedeihen der Lehrlingsbestrebungen wird er von Nutzen sein und der Zusammenschluß wird sich fester gestalten.

Zu Punkt Krise und Extrabeitrag führte der Mitgliedschaftsvorsitzende aus, daß die Krise auch bei uns beginnt ihre Wirkungen auszulösen, wir müssen deshalb versuchen alle Kräfte anzuspannen, um unsere Kollegen nicht der Willkür der Unternehmer auszusetzen. Die Sicherung der Lebensmöglichkeit unserer arbeitslosen Kollegen sei von größter Wichtigkeit. Sind auch die Unterstützungssätze des Verbandes von 18 Mk. pro Woche nicht gering, so bedeuten sie doch eine ziemliche Einschränkung im Haushalt gegenüber des bisher verdienten Lohnes. Um der steigenden Arbeitslosigkeit eine Maßnahme entgegen zu setzen, wurde folgende, vom Kollegen Krämer eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 30. Januar 1926 stattgefundene Jahres-Generalversammlung beschließt:

1. Den in rigoroser Weise geplanten und versuchten Lohnabbau usw. der Unternehmerschaft gilt es, durch zielbewußtes, einiges Zusammenstehen der Kollegschaft abzuwehren und die bewußt geführten Pläne zuschanden werden zu lassen.

2. Für die Dauer der wirtschaftlichen Krise zahlen alle Vollarbeiter jede Woche einen Extrabeitrag von 1.— Mk., um die Schlagkraft unserer Mitgliedschaft und die Lebensmöglichkeit unserer arbeitslosen Kollegen zu garantieren. Die

Ortsverwaltung wird ermächtigt bei weiterem Steigen der Krise in Gemeinschaft mit dem Vertrauensmännerkörper den Beitrag bis zu 2.— Mk. zu erhöhen.

5. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln müssen alle betriebsrechtlichen und anderen Verschlechterungen durchkreuzt werden.“

Zum Punkt Neuwahl des Mitgliedschaftsvorstandes stellte sich die alte Verwaltung geschlossen auf den Standpunkt, daß ein Führer, der in einer Krisenzeit seinen Posten verläßt, gewissermaßen Fahnenflucht begeht. Sie stellte sich geschlossen zur Wiederwahl und wurde durch geheime Wahl fast einstimmig bestätigt.

Einige Anträge unter Verschiedenes fanden einstimmige Annahme, unter anderem, unsere Lehrlingsabteilung dem Ausschuß für Jugendpflege anzuschließen. Ferner einen Referenten zu gewinnen, um über das Thema: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lage in unserem Gewerbe“ in der nächsten Versammlung zu sprechen. Auch hier sei nochmals erwähnt, daß die von der Mitgliedschaft bisher gefaßten Entschlüsse, mit nach hier zugereisten Kollegen nicht zusammen zu arbeiten, wenn sie nicht im Besitze einer ordnungsgemäßen Auskunfts sind. Mit einem Appell an die Kollegen, Sorge zu tragen, daß ihre Rechte in den Betrieben nicht beschnitten werden, vor allem nicht ängstlich zu sein bei Drohungen der Unternehmer, alle vorkommenden Mißstände der Verwaltung zu melden und in jeder Beziehung treu zur Organisation zu stehen, schloß der Vorsitzende die von großer Einmütigkeit getragene Versammlung.

O. L.

Mühlhausen i. Th. Die am 29. Januar im Volkshaus stattgefundene Jahresversammlung war wieder nur von zehn Kollegen besucht bei einem Mitgliederbestande der Zahlstelle von 21. Es gibt unter den Kollegen solche, welche den Besuch von Versammlungen überhaupt für überflüssig halten und nie erscheinen. Um eine Änderung auf diesem Gebiet endlich zu erreichen, beschloß die Versammlung, daß künftig eine Anwesenheitsliste geführt werden soll und daß die Namen der unverbesserlichen Versammlungsschwänzer in der Verbandszeitung veröffentlicht werden. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß auch in anderer Hinsicht dem Vorstände die Arbeit recht erschwert wird. Der Kassierer war nicht in der Lage, einen Abschluß vorzulegen wegen der vielen restierenden Beiträge. Der Zustand ist unerträglich, daß dem Vorstandsvorstande die Abrechnungen immer erst mit monatelanger Verspätung zugehen kann und daher schon wiederholt dem Vorstände Vorhaltungen gemacht. Bei einer so kleinen Zahlstelle dürfte es eine Kleinigkeit sein, immer Ordnung in der Geschäftsführung zu haben. Allerdings gehört dazu die bereitwillige Mitarbeit aller Kollegen und nicht der heutige Zustand, daß auch die kleinste Betätigung für den Verband abgelehnt wird. Zu diesem Punkte wurde der Beschluß gefaßt, die Restanten in jeder Versammlung zu verlesen und ebenfalls in der „Graphischen Presse“ bekanntzumachen.

Der bisherige Vorstand nahm die Wiederwahl an, hofft aber im neuen Geschäftsjahr auf mehr Unterstützung seitens der Kollegen rechnen zu können. Vorsitzender ist Kollege Karl Mengel, Margaretenstr. 17, Kassierer Kollege Hans Pfannkuchen, Weinbergstr. 28.

Rundschau.

Schriftleiterwechsel an den „Neuen Graphischen Nachrichten“.

Die „Neuen Graphischen Nachrichten“, das Verbandsorgan unseres österreichischen Bruderverbandes, teilt in seiner Nummer 1 des neuen Jahresganges mit, daß Freund Karl Mühlberger mit Ende des vergangenen Jahres nach 23-jähriger erfolgreicher Tätigkeit freiwillig und aus eigenem Entschlusse die verantwortliche Redaktionsführung an den „Neuen Graphischen Nachrichten“ niedergelegt hat. In Zukunft wird Kollege Mühlberger nur noch als Herausgeber der „NGN.“ zeichnen. Als Nachfolger ist Kollege Grünwald bestimmt worden, der den deutschen Kollegen auch kein Unbekannter ist. An die neue Schriftleitung wird die Erwartung geknüpft, daß die „Neuen Graphischen Nachrichten“ auch weiterhin ihren Zweck erfüllen, allen Mitgliedern des Österreichischen Senefelder-Bundes eine wichtige Waffe im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sein und das Fachblatt auch weiterhin ein treuer Verfechter der Interessen aller graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der andern im Österreichischen Senefelder-Bund vereinigten Arbeiterschaft ist. Wir sind der festen Überzeugung, daß Kollege Grünwald diesen Erwartungen gerecht wird.

Jubiläum der Gesellschaft für Soziale Reform.

Am 6. Januar d. J. waren 25 Jahre seit Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform verflossen. Sie wurde von dem früheren preußischen Handelsminister v. Berlepsch ins Leben gerufen, nachdem diesen der Zentralverband Deutscher

Industrieller, wie sein damaliger Generalsekretär Bueck sich ausdrückte, als Minister „klein gekriegt“ hatte. v. Berlepsch hatte sich, unabhängig vom Wandel der kaiserlichen Kunst, sofort nach seinem Rücktritt darum bemüht, die sozialpolitisch interessierten Kreise zu sammeln; er hatte auf der Pariser Weltausstellung auch schon an der Gründung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz mitgewirkt. Die Gesellschaft für Soziale Reform hat, besonders durch ihren langjährigen Generalsekretär Prof. Dr. Ernst Francke, vor dem Kriege auf die deutsche und die internationale Sozialpolitik unverkennbaren Einfluß ausgeübt, so daß sich Karl Legien am Ende des Weltkrieges sehr lebhaft für ihren Fortbestand einsetzte. Seit 1916 ist der ADGB, körperschaftliches Mitglied der Gesellschaft, und namhafte Gewerkschafter zählen zu ihren Vorstandsmitgliedern.



Feuilleton.

Daniel Chodowiecki.

Von J. Meier-Durst.

125 Jahre waren am 7. Februar dahingegangen, daß der berühmte Zeichner und Kupferstecher Daniel Chodowiecki gestorben ist.

Da wir 1926 auch den 200. Geburtstag dieses Graphikers haben, so dürfte es am Platze sein, sich mit Chodowiecki kurz in der „Graphischen Presse“ zu beschäftigen.

Daniel Chodowiecki erblickte am 16. Oktober 1726 in Danzig das Licht der Welt.

Später kam Chodowiecki nach Berlin und wurde Direktor der dortigen Akademie der bildenden Künste, als welcher er am 7. Februar 1801 gestorben ist.

Im Zeitalter der klassischen Literatur stand die bildende Kunst hauptsächlich im Dienste des Buches. Alle Welt lauschte den Worten der Dichter, und das Buch wurde der Begleiter des Menschen. Die bildende Kunst hatte deshalb

hauptsächlich als graphische Kunst Berechtigung, indem sie dem Schrifttum diene.

Genau wie in England Hogarth ein Glied der großen literarischen Bewegung ist, dankt in Deutschland Daniel Chodowiecki allein dem Umstand seinen Ruhm, daß er seinen Grabstichel in den Dienst der Dichter und Schriftsteller gab.

In einer Zeit, als niemand ohne Buch in der Tasche ausging, fand Chodowiecki seinen Beruf darin, die Klassiker zu illustrieren.

Lessing, Goethe, Schiller illustrierte er, ohne freilich den großen Geist dieser Dichter zu haben, und deshalb sind ihm Gellert, Gleim, Campe, Kotzebue besser liegend, als Bürger, Mathison und Wieland.

Chodowiecki war sehr fleißig und die Zahl seiner Kupferstiche ist eine riesig große. Auch haben noch andere Kupferstecher, wie Berger, nach Chodowieckis Zeichnungen gestochen.

Selbst in neueren großen illustrierten Literaturgeschichten und auch in dem großen Werk „Bilderratlas zur Geschichte der Deutschen Nationalliteratur“, findet man noch photomechanische Reproduktionen von Kupferstichen Chodowieckis.

Wie die Stiche dieses, von Goethe als der „wackere Chodowiecki“ bezeichneten Graphikers, gesammelt werden, hatte ich selbst in meiner Jugendzeit persönlich Gelegenheit kennen zu lernen.

In Nürnberg, der alten graphischen Kunststadt, „wo Dürers Kraft gewaltet“, verkehrte ich in meiner Jugend mit einem pensionierten Juristen und Kunstfreund, der Ausländer war.

Dieser alte Herr lebte jeden Winter in einer anderen deutschen Großstadt, aber in Nürnberg hatte es ihm von allen deutschen Großstädten, in welchen er bisher „überwinterte“, am allerbesten gefallen.

Der alte Kunstfreund sagte mir, daß er ein großer Freund von Chodowieckis kleinen Kupferstichen sei, die aber in unzähligen Büchern enthalten sind, und er in den deutschen Großstädten bisher wenig sammeln konnte, vielleicht er in Nürnberg mehr Glück damit haben würde.

Da ich schon mit den Kunst- und Bücher-Antiquaren des berühmten Nürnberger Trödelmarktes bekannt war, so führte ich den alten Herrn dorthin und er konnte Chodowiecki-Stiche haben, so viel er kaufen wollte.

Das machte ihm Nürnberg noch viel lieber, und der alte Herr, der stets, wie zu Chodowieckis Lebzeiten, mit dem Buche in der Überziehtasche ausging, versprach mir, daß er im nächsten Winter wieder nach Nürnberg kommen wollte.

Ob er wiederkam, weiß ich nicht, denn ich ging in die Schweiz.

Bekanntmachungen.

Der Steindruck *Walter Roscher*, Buch-Nr. 54 449 ist auf Grund des § 6 Abs. 2 aus dem Verbandsverhältnisse ausgeschlossen worden.

Die Lohnbewegung in Elsaß-Lothringen ist beendet. Die verhängte internationale Sperre wird hiermit aufgehoben. Allen Kollegen, die nach dort in Stellung gehen, wird in eigenem Interesse empfohlen Auskunft einzuholen beim Kollegen *Emil Brunner, Strasbourg-Neudorf, rue de Bubenwasser 10.*

Tarifarbeitsnachweise für das Lithographie- u. Steindruckgewerbe.

(„Graphische Presse“ vom 1. Januar 1926).

Folgende Änderungen sind zu beachten:

Arbeitsnachweis-Verwalter:

Kreis V.

Mannheim: Verwalter Alfred Böhl, Neckarau, Wingerstr. 14.

Geltungsbereiche:

Kreis II.

Braunschweig: Hinter Hildesheim einfügen: *Seesen a. H.*

Der Verbandsvorstand.

Den Toten zum Gedächtnis!

1925.

† Am 12. November in Stuttgart **Heinrich Wecker**, Steindr. aus Pfedelbach O./A. Oehringen, 70 J. alt, an Darmkrebs. Invalide seit 2. August 1925. — Eingetr. in Stuttgart am 1. Januar 1893.

† Am 7. Dezember in Stuttgart **Karl Brandstetter**, Steindr. aus Zuffenhausen, 24 J. alt, an Lungenleiden, krank zuletzt 70 W. — Eingetr. in Stuttgart am 29. Juni 1919 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 28. Juli 1918).

† Am 22. Dezember in Heidelberg **Dominikus Fehrenbacher**, Steindr. aus Schutterthal Amt Lahr i. Bad., 65 J. alt, an Gehirnschlag, krank 1 W. — Eingetr. in Heidelberg am 23. Juli 1900.

† Am 22. Dezember in Ulm a. d. Donau **Christian Veigle**, Steindr. aus Bergheim O./A. Eßlingen, 83 J. alt, an Altersschwäche. Invalide seit 23. Mai 1904. — Eingetr. in Ulm a. d. Donau am 16. Januar 1893.

† Am 27. Dezember in Leipzig **Max Frommherz**, Photograph aus Leipzig-Reudnitz, 53 J. alt, plötzlich an Gehirnschlag. — Eingetreten in Leipzig am 27. Oktober 1918.

† Am 28. Dezember in Berlin **Emil Zimmermann**, Chemigr.-Drucker aus Herzprung (Uckermark), 63 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Berlin am 2. Juni 1918.

† Am 28. Dezember in Görlitz **Karl Gröschel**, Steindr. aus Rumburg i. Böhmen, 39 J. alt, an Rippenfellentzündung, krank 26 W. — Eingetr. in Bautzen am 22. April 1906 (vorher Mitglied im Senefelder-Bund für Böhmen seit 14. März 1905).

† Am 29. Dezember in Berlin **Albert Lischke**, Lichtdr. aus Berlin, 72 J. alt, an Gallenblasen- und Bauchdrüsenentzündung. Invalide seit 8. Oktober 1916. — Eingetr. in Berlin am 14. Dez. 1901.

† Am 31. Dezember in München **Adolf Leer**, Steindr. aus Berlin, 74 J. alt, an Herzleiden, Invalide seit 18. Oktober 1925. — Eingetr. in München am 1. Januar 1893.

1926.

† Am 1. Januar in Leipzig **Erwin Spindler**, Zeichner aus Dresden, 65 J. alt, an Darmleiden und Herzlähmung, krank 3 W. u. 1 T. — Eingetr. in Leipzig am 24. August 1919.

† Am 3. Januar in München **Engelbert Huber**, Zeichner aus München, 37 J. alt, an Bauchwassersucht, krank 8 W. u. 4 T. — Eingetr. in München am 10. Oktober 1915.

† Am 4. Januar in Hannover **Albert Biedermann**, Lithogr. aus Magdeburg, 60 J. alt, plötzlich infolge Herzschlag. — Eingetr. in Hannover am 4. Januar 1920.

† Am 4. Januar in Berlin **Reinhold Sander**, Lithogr. aus Berlin, 68 J. alt, an Lungenkatarrh und Herzschwäche, krank 3 T. — Eingetr. in Berlin am 8. Dezember 1918.

† Am 7. Januar in Berlin **Robert Paul**, Photograph aus Lottin Krs. Neustettin, 56 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 1 W. — Eingetr. in Berlin am 17. Februar 1924 (vorher Mitglied in der Filmgewerkschaft seit 1. Januar 1919).

† Am 7. Januar in Leipzig **Albrecht Böttcher**, Lithogr. aus Treuen i. V., 48 J. alt, an Herzschlag, krank 2 W. u. 1 T. — Eingetreten in Köln am Rhein am 2. Mai 1896.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets *sofort* Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Verbandsvorstand.**

Notendruck- Maschinenmeister

für die Zink-Rotation-maschine für sofort oder evtl. später gesucht. Tüchtige, leistungsfähige Kräfte werden um ihre Bewerbung mit Lohnanspruch gebeten. Infolge der Wohnungsverhältnisse kommen nur ledige Bewerber in Betracht. **Universitätsdruckerei H. Stürtz A.-G., Würzburg**

Durchaus tüchtiger und zuverlässiger

Zinkdrucker

für Hand- und Schnellpresse gesucht. Es wollen sich nur Bewerber melden, die an gewissenhaftes und sauberes Arbeiten gewöhnt sind und sowohl an der Hand- wie auch an der Plattendruck-schnellpresse für beste Leistungen garantieren können. Ebenso werden gute Charakter-Eigenschaften verlangt. Gefl. Angebote mit Zeugnis-Abschriften an

Ed. Aerni Leuch, Hauptaus-Plan- und Zinkdruckanstalt, Bern.



Retuschier-Apparate



für feinste Maschinen-Retusche

Carl Rückriem, Leipzig-Eu. 12.

Zinkdruckplatten Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Mess G. m. b. H., Berlin SO 36, Fernspr. Mor. 12289.